

Ich rufe auf:

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14700  
Drucksache 17/15600 – Ergänzung

Beschlussempfehlungen  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/15700,  
Drucksache 17/15701,  
Drucksache 17/15702,  
Drucksache 17/15703,  
Drucksache 17/15704,  
Drucksache 17/15705,  
Drucksache 17/15706,  
Drucksache 17/15707,  
Drucksache 17/15708,  
Drucksache 17/15709,  
Drucksache 17/15710,  
Drucksache 17/15711,  
Drucksache 17/15712,  
Drucksache 17/15713,  
Drucksache 17/15714,  
Drucksache 17/15716 und  
Drucksache 17/15720

zweite Lesung

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15687

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15688

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15689

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15690

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15691

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15692

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15693

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15723

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15724

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15727

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15728

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15729

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15730

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15731

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15732

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15733

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15734

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15735

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15737 Neudruck

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/15738

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15739

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15740

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15741

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15742

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15743

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15744

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15748

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15749

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15750

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15751

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/15752

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2021 bis 2025 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 17/14701

Beschlussempfehlung  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/15718

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 – GFG 2022)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/14702

Beschlussempfehlung  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/15717

zweite Lesung

Die Änderungsanträge zu den Einzelhaushalten werden dann jeweils bei den Einzelplänen genannt und zur Abstimmung aufgerufen. Sie haben gesehen, dass eine ganze Reihe von Änderungsanträgen eingereicht worden sind.

Zum Beratungsverfahren insgesamt gibt es noch ein paar organisatorische und regulierende Hinweise.

Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können wir alle gemeinsam der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Aussprache über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt.

Über den Einzelplan 20 stimmen wir allerdings erst morgen ab.

Auch über eventuelle Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 2022, über das Haushaltsgesetz selbst sowie über das Gemeindefinanzierungsgesetz stimmen wir morgen zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen ab.

Es gibt noch zwei weitere Hinweise. Sie alle wissen, dass wir uns im Ältestenrat darauf verständigt haben, dass zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr heute keine Abstimmungen stattfinden und dass Kurzinterventionen sowie Zwischenfragen während der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zulässig sind.

Nach diesen langen Vorbemerkungen rufe ich nun zur Durchführung der Grundsatzdebatte auf:

## **GRUNDSATZDEBATTE**

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2021 bis 2025 des Landes Nordrhein-Westfalen**

In Verbindung mit:

**Einzelplan 12**  
**Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung**

In Verbindung mit:

**Einzelplan 20**  
**Allgemeine Finanzen**

Hierzu gibt es Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15700, 17/15718 und 17/15712 sowie 17/15720.

Es gibt Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP. Diese tragen die Drucksachennummern 17/15737 – Neudruck – und 17/15738. Außerdem gibt es Änderungsanträge der Fraktion der AfD Drucksache 17/15748 bis 17/15752.

Damit sind wir endgültig am Ende der ganzen Vorbe-merkungen angelangt und können in die Aussprache einsteigen, die ich mit Kollegen Zimkeit für die SPD-Fraktion eröffne.

**Stefan Zimkeit**<sup>1)</sup> (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt eine längere Einleitung, als wir Redezeit für manch eine Rede haben.

Frau Präsidentin, Sie haben die Änderungsanträge von CDU und FDP angesprochen. Ich möchte mit einer kurzen Bemerkung dazu beginnen: Uns gestern Abend 40 Änderungsanträge zum Haushalt zu schicken, ist aus unserer Sicht kein angemessener Umgang mit dem Parlament und den Haushaltsberatungen.

(Beifall von der SPD)

Wir finden das respektlos und einer ernsthaften Beratung nicht angemessen.

Deswegen möchte ich Sie dringend auffordern, die Anträge zurückzustellen und sie zur dritten Lesung zu stellen, damit wir darüber noch eine ernsthafte Debatte führen können. Denn ansonsten würde man den Verdacht bekommen, dass Sie Ihre Anträge für so schlecht halten, dass Sie sie einer Debatte entziehen wollen. Deswegen äußere ich noch einmal diese dringende Bitte.

(Beifall von der SPD)

Ihr letzter Haushalt zeigt sehr deutlich die Bilanz dieser Landesregierung: Sie scheitern an Ihren eigenen Ansprüchen. Sie regieren über die Köpfe der Menschen hinweg. Sie ignorieren die Probleme im Land.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie reden über Ihre Landesregierung!)

Sie sind plan- und ideenlos. Das machen Ihre Haushaltsentwürfe deutlich.

(Beifall von der SPD)

Und das alles trotz massiv steigender Steuereinnahmen, die Sie prognostizieren! Man hat fast den Eindruck: Lucky Lutz ist wieder da.

(Heiterkeit von der SPD)

Lucky Lutz weiß aber nichts mit seinem Glück anzufangen und verfällt stattdessen in einen Dornröschenschlaf. Statt die Probleme des Landes mit zusätzlichen Steuereinnahmen anzupacken, verfällt diese Landesregierung in Tiefschlaf. Das kann gerade in der jetzigen Situation nicht sein.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie scheitern an Ihren Ansprüchen besonders da, wo Sie die Messlatte selbst sehr hoch gelegt haben. Sie haben den Abbau von Schulden zu dem entscheidenden Kriterium für Ihre Haushaltspolitik gemacht.

Nun hat der Landesrechnungshof im Bericht zu diesem Haushaltsentwurf sehr deutlich gemacht, wie krachend Sie an Ihren eigenen Ansprüchen scheitern. Sie reißen Ihre Messlatte noch nicht einmal, sondern versuchen, sich darunter durchzumogeln. Das ist ein wirkliches Scheitern an Ihren eigenen Ansprüchen.

(Beifall von der SPD)

Genauso scheitern Sie an Ihrem zweiten großen Ziel, dem Bürokratieabbau. Ihr Bürokratieabbau besteht aus 1.000 neuen Stellen in der Ministerialbürokratie. Ihr Versprechen, diese Mittel strukturell einzusparen, brechen Sie gleich mit. Sie finanzieren Ihre Stellen in der Bürokratie durch unbesetzte Stellen an Schulen auf dem Rücken von Lehrkräften und von Schülerinnen und Schülern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das zeigt: Diese Regierung setzt die völlig falschen Prioritäten. Sie reden viel, aber Sie handeln wenig.

Viel geredet haben Sie über gleiche und gerechte Bezahlung von Lehrkräften – viel geredet, nichts ist passiert.

Sie haben angekündigt, eine Altschuldenlösung für die Kommunen herbeizuführen – viel angekündigt, nichts umgesetzt.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Sie haben versprochen, eine Besetzungsquote von Lehrkräften an Schulen von über 100 % durchzusetzen. Erreicht haben Sie 8.000 nicht besetzte Stellen. Viel versprochen, nichts gehalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Mit Ihrem letzten Haushalt verpassen Sie die Chance, das jetzt zu ändern. Sie regieren über die Köpfe der Menschen dieses Landes hinweg. Sie wollen eine Attraktivierung des öffentlichen Dienstes zum

Nulltarif und über die Köpfe der Beschäftigten hinweg.

Wer alle Vorschläge der Gewerkschaften einfach ignoriert, wird an dieser Aufgabe scheitern. Die Quittung sind 20.000 unbesetzte Stellen im Land, lange Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger und Unterrichtsausfall.

(Beifall von der SPD)

Sie überhören die Stimme der Pflegenden, die eindeutig eine Urabstimmung über die Zwangskammer fordern, die Sie ihnen überstülpen wollen. Wir haben einen Haushaltsantrag eingereicht, um für diese Urabstimmung Geld zur Verfügung zu stellen. Sie haben ihn abgelehnt. Die Stimme der Pflegenden ist Ihnen augenscheinlich egal.

(Beifall von der SPD)

Sie weigern sich, finanzielle Mittel bereitzustellen, um die Ergebnisse der Volksinitiative Artenvielfalt umzusetzen. Diesen Haushaltsantrag haben Sie ebenfalls abgelehnt. Auch die Stimme der Naturschutzverbände ignorieren Sie.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Sie halten an einem bürokratischen und erfolglosen Programm für Straßenausbaubeiträge fest, obwohl 400.000 Menschen in einer Volksinitiative die Abschaffung gefordert haben.

Sie regieren an den Menschen in NRW vorbei. Viel schlimmer: Sie regieren über deren Köpfe und ignorieren die Probleme in diesem Land. – Das zeigt auch Ihr Haushaltsentwurf.

(Beifall von der SPD)

Das Schlimmste ist aber, dass Sie keine Antworten in Bezug auf die Zukunftsaufgaben in diesem Land haben. In Zeiten von null Zinsen, in denen Ihnen alle Expertinnen und Experten einen riesigen Investitionsstau darlegen, kommen Sie allen Ernstes auf die Idee, die Investitionsquote des Landes senken zu wollen.

Wir haben große Herausforderungen beim Klimaschutz. Wir brauchen Investitionen in das Gesundheitssystem. Wir müssen die in vielen Bereichen marode Infrastruktur angehen. Wer in solchen Zeiten die Investitionsquote senkt, verspielt die Zukunft kommender Generationen.

(Beifall von der SPD)

Ausgerechnet bei der Bildung – damit sind wir wieder bei kommenden Generationen – fällt Nordrhein-Westfalen immer weiter zurück. Bei den Bildungsausgaben sind wir ganz hinten. Der Bildungshaushalt steigt langsamer als der Rest des Etats.

(Jochen Ott [SPD]: Hör! Hör!)

Das zeigt sehr deutlich, wie falsch Sie Ihre Prioritäten setzen.

Sie schaffen es noch nicht einmal, das vorhandene nicht allzu viele Geld im Schulbereich auszugeben; denn die Zahlen sind aufgrund der vielen unbesetzten Stellen ja noch geschönt. Sie haben weltbeste Bildung versprochen und schaffen noch nicht einmal Kreisklasse. Ihr Motto des Haushalts ist: No Future.

(Beifall von der SPD)

Was wäre diese Landesregierung eigentlich ohne Bundesmittel? Frau Gebauer, bei der Digitalisierung der Schulen haben nur Initiativen und Geld des Bundes überhaupt dazu geführt, dass etwas passiert ist.

Herr Stamp, wie sähe es an den Kitas ohne das Gute-KiTa-Gesetz des Bundes aus? Noch viel schlechter.

(Zuruf von der CDU)

Herr Pinkwart hätte alle seine Pressekonferenzen zu Wirtschaftshilfen in der Coronapandemie absagen müssen, weil er eigentlich doch nur Bundesmittel durchgeleitet hat.

Herr Wüst hätte alle seine vielen Termine, bei denen er Förderbescheide für Verkehrsprojekte übergeben hat, ausfallen lassen müssen, weil auch dabei meistens nur Bundesgelder verausgabt wurden.

Herr Rasche hat hier in der letzten Sitzung gesagt: Die NRW-Regierung darf nicht die verlängerte Werkbank des Bundes sein. – Sie haben vollkommen recht. Doch Ihre Koalition hat aus der Landesregierung Nordrhein-Westfalen eine untere Bundesbehörde gemacht,

(Lachen von der FDP)

die nur noch Initiativen des Bundes umsetzt und Mittel durchleitet. Das ist viel zu wenig.

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen für Nordrhein-Westfalen eine zukunftsorientierte Finanzstrategie. Wir brauchen aus dem Rettungsfonds ein Programm für den wirtschaftlichen und sozialen Neustart, das insbesondere die Kommunen unterstützt, das Bildungslücken aufholt und das den weiter leidenden Wirtschaftsbranchen in Nordrhein-Westfalen Hilfestellung leistet, durch die Pandemie zu kommen.

Wir brauchen eine Haushaltspolitik, die die Probleme im Land endlich anpackt und nicht die Menschen mit ihren Vorschlägen ignoriert.

Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit mehr Investitionen in Schule durch Fortsetzung des Programms „Gute Schule“, mit Investitionen in den klimaneutralen Umbau unserer Industrie und mit mehr Investitionen in Krankenhäuser, statt deren Schließung zu planen.

Der Haushalt in dieser Fassung spiegelt leider nur Ihre planlose Lethargie wider. Er ist gekennzeichnet durch Ihre Ideenlosigkeit.

Noch haben Sie allerdings die Chance, das zu ändern. Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht, und wir werden Ihnen dazu weitere Vorschläge vorlegen: für handlungsfähige Städte, für bessere Bildungschancen, für zukunftsfähige und faire Arbeit und gegen die soziale Spaltung dieser Gesellschaft. Lassen Sie uns dafür entschlossen handeln, um für die Menschen in Nordrhein-Westfalen die Zukunft zu gewinnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Zimkeit. – Für die Fraktion der CDU hat nun Herr Abgeordneter Klenner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Jochen Klenner (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich warte noch, bis der Kollege Zimkeit wieder richtig auf seinem Platz sitzt. Ich musste nämlich an Luise von Preußen denken, als Sie gesprochen haben. Keine Angst! Über sie sagt man, sie sei wunderschön gewesen. Ich möchte sie nicht mit Ihnen verwechseln. Sie war aber auch ganz schön klug. Sie hat gesagt: „Wer nicht Maß halten kann, verliert das Gleichgewicht und fällt.“

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Deshalb hatte ich Sorge, ob Sie noch richtig zu Ihrem Platz kommen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Denn was Sie da wieder abgeleistet haben, zeigt mir ... Sie haben Ihren Platz gerade noch so gefunden. Aber nach diesem Auftritt ist sicher: Es wird auch in den kommenden Jahren der Platz auf der Oppositionsbank sein. Denn das war überhaupt nichts, was Sie hier geleistet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Lachen von der SPD)

Der Unterschied ist sehr deutlich geworden. Ich kann Ihnen sagen: Ihr Horizont reicht gerade einmal bis zum Mai 2022. Während Sie an Wahltag denken, haben wir künftige Generationen im Blick. Das unterscheidet uns voneinander.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Denn das ist nachhaltige Politik für die Menschen in unserem Land.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

So begrenzt Ihr Blick nach vorne ist, so vernebelt ist offenbar Ihr Blick in den Rückspiegel. Ich kann Ihrer Erinnerung noch einmal auf die Sprünge helfen, was wir vorgefunden haben, nachdem Rot-Grün über die Verhältnisse gelebt hat: 2017 war das Land heruntergewirtschaftet – bei dem, was Sie eben erzählt haben, hatte ich gedacht, das wäre Ausdruck Ihrer Selbsterkenntnis, und das wäre Ihre selbstkritische Bilanz der rot-grünen Jahre, die Sie vorgetragen haben –; es gab einen Schuldenberg von fast 180 Milliarden Euro; da war Investitionsstau; da waren wir überall Schlusslicht.

Wir haben das beendet und machen Nordrhein-Westfalen wieder zum Aufsteigerland.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Haushaltswende ist uns schon mit unserem ersten Haushalt 2018 gelungen. Das war ein wichtiger Schritt. Erstmals seit 50 Jahren wurde ein Haushalt ohne neue Schulden aufgestellt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Quatsch!)

Diesen Kurs setzen wir konsequent um, auch in der Krise.

Wir setzen auf eine konsequente und transparente Trennung von Kernhaushalt und Coronarettungsschirm; denn so wird verhindert, dass unter dem Deckmantel der Pandemie neue Schulden aufgenommen werden, um Lücken im Haushalt zu schließen oder ideologische Wünsche zu erfüllen.

Die Koalition von CDU und FDP unterstützt einen Haushalt der Klarheit und Wahrheit. Das bestätigen uns auch die großen Ratingagenturen mit ihren Bestnoten.

Meine Damen und Herren, wir haben mit einer breiten Landtagsmehrheit einen Rettungsschirm, der bis zu 25 Milliarden Euro umfasst, gespannt, um die Folgen der Pandemie abzumildern. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir das gemeinsam konstruktiv im Parlament gemacht haben.

An dieser Stelle gilt mein Dank auch dem Minister der Finanzen, Lutz Lienenkämper, und den Beschäftigten in den Ministerien, die diese Programme entwickelt und begleitet haben, oft unter Zeitdruck in einer höchst dynamischen Lage.

Als NRW-Koalition haben wir aber stets großen Wert darauf gelegt, zielgenau dort zu unterstützen, wo Hilfe notwendig war. Wie gesagt, haben wir das ganz oft gemeinsam gemacht. Das habe ich betont und betone es nach wie vor.

Aber diesen Pfad versuchen Sie immer wieder zu verlassen. Sie haben das eben am Redepult noch einmal betont. Erst kürzlich war der Vorschlag der SPD: ein 10-Milliarden-Euro-Programm, pauschal, unkonkret, als Wunschkonzert im Ungefähren –

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist unwahr!)

teils überholt, weil schon umgesetzt. Ganz typisch: Geld ausgeben, ohne zu planen und ohne zu prüfen, ob es Wirkung entfaltet.

(Zuruf von der FDP: So ist das!)

Unsere Philosophie ist eine andere. Wir investieren in die Zukunft. Wir schauen, dass das Geld, das wir ausgeben, sich wieder reinvestiert. Das ist generationengerecht, und das ist nachhaltig.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, Haushalte und Finanzpolitik: Das erscheint in der Öffentlichkeit oft langweilig – unspektakulär, technisch, viele Zahlen. Deshalb ist es wichtig, deutlich zu machen, dass es nicht nur darum geht, was wir machen, sondern auch um das Warum.

Herr Kollege Zimkeit, Menschen kamen in Ihrer Rede, glaube ich, überhaupt nicht vor.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Sie haben von Sachen gesprochen. Sie haben Wahlkampf gemacht.

(Zuruf von der SPD: Sind Schüler und Lehrkräfte für Sie keine Menschen? – Sven Wolf [SPD]: Unglaublich!)

Unser Ministerpräsident Hendrik Wüst hat in seiner ersten Regierungserklärung

(Weitere Zurufe von der SPD)

seinen persönlichen Antrieb betont, der so ähnlich unser aller Ansporn sein sollte. Bei Hendrik Wüst ist es seine Tochter Philippa, in diesem Jahr geboren. Bei mir sind es meine Kinder, sechs und neun Jahre alt. Sie erinnern mich täglich daran, welche Zukunftsverantwortung wir alle tragen.

Sie haben übrigens in der Schule gelernt, zuzuhören und nicht dazwischenzurufen. Da sind sie offenbar schon weiter, als Sie es sind.

(Vereinzelt Lachen von der SPD)

Sie lachen auch nicht komisch, wenn vorne einer redet.

(Zuruf von der SPD)

Sie können sich bei ihnen ja vielleicht ein bisschen Nachhilfe abholen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Ja, genau. Das ist Ihr Verständnis, wie Sie in der Schule vorgehen. Sehr gut.

Gestatten Sie mir ein bisschen Nachhilfe zunächst beim Thema „innere Sicherheit“.

(Zuruf von der SPD: Das ist der Rat der Verzweifelten!)

Wir wollen sicherstellen, dass jeder zu jeder Zeit an jedem Ort im Land sicher ist. Den ehemaligen Innenminister sehe ich hier gar nicht mehr. Vielleicht ist er heute aufgrund der Regelungen nicht dabei. Bis zum Jahr 2017 stand sein Name, der Name des damaligen Innenministers, für Pannen, für Blitzermarathons, für Rekordeinbruchszahlen.

Das hat sich geändert. Herbert Reul steht für Verlässlichkeit und Vertrauen.

(Zuruf von der SPD: Wo ist denn Ihr Innenminister?)

Da können Sie alle Menschen im Land fragen. Dieser neue Stil, die Wertschätzung, die Unterstützung für unserer Polizistinnen und Polizisten kommt an.

(Zuruf von der SPD: Der Einzelplan kommt doch gleich erst!)

Wir hinterlegen das mit mehr Einstellungen bei den Kommissaranwärtern und Regierungsbeschäftigten.

Wir hinterlegen das mit einer angemessenen Ausrüstung zum Schutz der Menschen, die für Ihre Sicherheit tagtäglich im Einsatz sind.

Wir haben den Kampf gegen Kindesmissbrauch zur Chefsache gemacht. Endlich hat es ein Ende, dass nach kurzer Empörung wieder der Alltag einkehrt und die Kinder in Vergessenheit geraten. Kinderschutz ist Querschnittsaufgabe – ressortübergreifend. Deshalb stärken wir den Kinderschutz gemeinsam mit unserem Familienminister Joachim Stamp und bringen als NRW-Koalition gemeinsam ein Kinderschutzgesetz auf den Weg.

Beispiel „innere Sicherheit“: Im Jahr 2022 werden wir 1,2 Milliarden Euro mehr für die innere Sicherheit ausgeben, als dies im Jahr 2017 der Fall war, also 27 % mehr. Das sind die Fakten. Darüber kann Ihr Gebrüll auch nicht hinwegtäuschen.

Beispiel „Bildung“: Auch hier gibt es 4.000 zusätzliche Stellen, Zukunftsausgaben, Masterplan Grundschule, Inklusion, eine Stärkung der beruflichen Bildung. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen ein Land der Chancen ist – Herr Zimkeit, jetzt dachte ich, Sie verlieren doch noch das Gleichgewicht; alles gut –, und zwar für jedes Kind in unserem Land.

Dazu braucht es individuelle Förderung, ausreichend Lehrer und einen echten Einsatz gegen den Unterrichtsausfall.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Insgesamt haben wir die Mittel für schulische Bildung in Nordrhein-Westfalen um 3 Milliarden Euro erhöht – und das in fünf Jahren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Beispiel „Infrastruktur“: Sie haben beim Ausbau der Verkehrswende jahrelang auf der Bremse gestan-

den. Wo rund 18 Millionen Menschen dicht beieinanderleben, braucht es gute Verbindungen – ideologiefrei, in Stadt und Land, für alle Verkehrsformen.

Wir verdoppeln zum Beispiel die Mittel für die Förderung zum Ausbau von Rad- und Fußverkehr.

Dieser Tage haben wir noch gehört, dass wir bei der ÖPNV-Offensive jetzt 3 Milliarden Euro bereitstellen. Für mehr Sicherheit an den Bahnhöfen und für ein kluges Baustellenmanagement haben wir die Gelder in diesen Tagen noch einmal erhöht.

Beispiel „Gesundheit“: Hier ist die SPD in Zeiten der Pandemie ja mit einer Fake-News-Kampagne unterwegs. Auch hier die Faktenlage: Zwischen 2010 und 2016, in Ihrer rot-grünen Zeit, haben Sie in Nordrhein-Westfalen 56 Krankenhäuser geschlossen. Sie waren es, die das gemacht haben.

Wir haben die Krankenhauslandschaft mit gezielter Unterstützung gerettet und stellen sie jetzt mit dem neuen Krankenhausplan

(Sven Wolf [SPD]: ... auf wackelige Beine!)

für die Zukunft auf – mehr Behandlungsqualität, gute Erreichbarkeit. Wir wollen die Häuser spezialisieren. Sie sollen im Sinne der Patienten stärker kooperieren.

Auch hier wieder die Zahlen: Wir geben 5,2 Milliarden Euro und damit 2 Milliarden Euro mehr als Sie für die Investitionen in den Krankenhäusern aus.

Außerdem hat es unser Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann geschafft, das Schulgeld in allen Gesundheitsfachberufen endgültig abzuschaffen. Das ist ein wichtiges und richtiges Signal.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

In den Beratungen zu den Einzelplänen werden wir heute noch auf viele Einzelthemen eingehen. Deshalb habe ich all dies nur beispielhaft genannt.

Aus unserem Bereich möchte ich noch unseren Schwerpunkt nennen. 4,5 Milliarden Euro investieren wir in die Landesliegenschaften. Attraktive Arbeitsplätze sind das richtige Signal für die Beschäftigten, die unser Land nach vorne bringen.

Herr Zimkeit, Sie haben eben etwas zu den Anträgen gesagt. Aus meiner Sicht haben Sie von Fußball mehr Ahnung als von Finanzen. Uns verbindet ja die Liebe zum gleichen Fußballverein.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Beim Fußball gilt, dass es nicht darauf ankommt, wann das Tor fällt. Es kann auch in der 89. Minute oder in der Nachspielzeit fallen. Das Ergebnis zählt.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Stimmen Sie also unseren guten und richtigen Anträgen zu, statt beleidigt zu spielen. Sie sollten ver-

suchen, hier nicht Haltungsnoten zu vergeben, sondern vielleicht einmal selber Haltung zu zeigen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Zum Abschluss: Philippa Wüst wird in etwa zwei Jahren in ein Alter kommen, an das ich mich bei meinen Kindern noch gut erinnere. Es ist die Phase der dreijährigen Kinder. In dieser Zeit fragen sie bis zu 200-mal am Tag: Warum?

Ich habe es gerade schon einmal deutlich gemacht: Lasst uns häufiger erklären, warum wir etwas machen, und nicht so sehr über Fakten und Zahlen sprechen.

Wir machen eine Haushaltspolitik, die die Menschen und die Wirkung unserer Entscheidungen in den Mittelpunkt stellt – nicht nur möglichst viel ausgeben, sondern zielgerichtet und nachhaltig vorgehen.

Schon kleine Kinder lernen nicht nur, dass man zuhören sollte, sondern auch, dass nicht jeder Wunsch erfüllbar ist. Bei Ihnen sitzt hier offensichtlich nicht Lucky Stefan, sondern der Onkel Zimkeit, der alles verspricht und am Ende nichts halten und bezahlen kann.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Das lässt sich, ehrlich gesagt, kinderleicht entzaubern.

Sie erkennen bei uns eine klare und verlässliche Handschrift. Deswegen werben wir um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kollege Klenner.

Ich weise einfach noch einmal darauf hin, dass wir uns darauf verständigt haben, dass bei diesem Tagesordnungspunkt keine Kurzinterventionen erfolgen und keine Zwischenfragen gestellt werden.

Dies vorausschickend, darf ich nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordneter Kollegin Düker das Wort geben.

**Monika Düker (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Es gibt nur einen Weg zur Glaubwürdigkeit in der Politik: Man muss sagen, was man tut, und tun, was man sagt“, sagte Johannes Rau 1999. Dieser politische Leitsatz wurde nirgendwo mehr missachtet als in der Finanzpolitik dieser Regierung.

Das ist nicht nur schlecht für nachhaltige Finanzpolitik, sondern schadet unserer politischen Kultur insgesamt. Der daraus resultierende Vertrauensverlust in Politik wird uns am Ende alle treffen.

Was wurde von dieser Landesregierung vor der Wahl oder zu Beginn der Legislaturperiode nicht alles versprochen?

Ein Drittel aller Mehreinnahmen sollten jeweils in Schuldenabbau, Investitionen und Steuersenkungen fließen, sagte Armin Laschet.

Mehrausgaben, so las man noch in den Wahlprogrammen, sollten durch Einsparungen kompensiert werden.

Der Haushalt sollte – so steht es im Koalitionsvertrag – durch ein neues Beschaffungsmanagement konsolidiert werden.

Aufgabenkritik, Stellenabbau sowie Konsequenzen aus der Reform der Lehrerausbildung mit der Angleichung der Besoldung für Lehrkräfte in Grundschulen und der Sekundarstufe I wurden ebenfalls versprochen.

Kredithilfen für besonders belastete Kommunen wurden von Frau Scharrenbach angekündigt.

Und dann das große Digitalisierungsversprechen! Mit der Digitalisierung der Verwaltung zur Konsolidierung sollte eine – Zitat – nachhaltige Dividende erzielt werden.

Außerdem wurde die Attraktivitätsoffensive im öffentlichen Dienst angekündigt.

Mit dem letzten Haushalt dieser Legislaturperiode haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Lienenkämper, auch Ihre allerletzte Chance verspielt, hier Glaubwürdigkeit zu zeigen und den Ankündigungen endlich einmal Taten folgen zu lassen.

(Beifall von den GRÜNEN und Stefan Zimkeit [SPD])

Ihre Bilanz ist mehr als ernüchternd.

Ihre angeblich verstärkten Investitionen: Schauen wir einmal auf die Investitionsquote. Sie starteten mit 9,6 % im Jahr 2018. 2023, so Ihre Planung, soll sie auf 10,3 % steigen. Das sind homöopathische Dosen, die den Ansprüchen, die wir angesichts des Investitionsstaus in unserem Land – mithin 27 Milliarden Euro – haben, in keinster Weise gerecht werden.

Dass es anders geht, zeigt ein Blick in den Süden. Sie vergleichen sich doch immer so gerne mit den Bayern. Die Bayern schaffen es, in einem Krisenjahr wie 2021 eine Investitionsquote von 14,1 % zu erreichen. Warum schaffen wir das nicht? Es ist doch dringend nötig.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Dieses Versprechen bleibt für unsere Lehrkräfte mehr als leer. Das ist ein großer Vertrauensbruch. Aus meiner Sicht ist das eigentlich der größte Vertrauensbruch dieser Landesregierung und der mit den fatalsten Auswirkungen. Die unbesetzten Stellen insbesondere im Grund-

schulbereich und in der Sekundarstufe I sprechen da für sich.

Trotz Einnahmerekorden bei der Grunderwerbsteuer bekommen die Menschen nicht etwa, wie von Armin Laschet versprochen, etwas zurück. Sie bekommen gar nichts zurück.

Schauen wir auch hier mal auf die Zahlen: Gestartet mit 3,1 Milliarden Euro bei der Grunderwerbsteuer im Jahr 2017 verfügen Sie inzwischen – mit der Ergänzung in 2022 – über 4,1 Milliarden Euro Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer. Kumuliert sind dies mehr als 3 Milliarden Euro. Keinen einzigen Euro davon haben Sie den Menschen zurückgegeben.

Dieses Versprechen von Armin Laschet ist Schall und Rauch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Versprechen von Frau Scharrenbach, die Kredithilfe für die Altschulden in dieser Legislaturperiode zu schaffen, ist eine komplette Fehlanzeige, was die Unterstützung unserer Kommunen angeht. Auch lässt die Regierung die Kommunen mit den Coronalasten allein.

Es gibt außer im Jahr 2020 keine Kompensation für die Gewerbesteuermindereinnahmen. Im Finanzausgleich gibt es nur Kreditierungen. Mit dieser Politik treiben Sie die Kommunen weiter in die Schuldenspirale, anstatt ihnen da herauszuhelfen. Die Kommunen brauchen keine weiteren Schulden, sondern echtes Geld, damit sie die großen Herausforderungen vor Ort meistern können.

Für mich ist sehr klar: Die Kommunen sind die ganz großen Verlierer dieser Regierung und dieser Finanzpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hinzu kommt das aufgeblasene Digitalisierungsversprechen von Armin Lindner.

(Heiterkeit bei der FDP – Zuruf von der FDP: Armin Lindner? Den gibt es nicht!)

Ich höre ihn noch: Wir schaffen 1 Milliarde Digitalisierungsdividende mit der Vorstellung des Koalitionsvertrags. – Wo ist sie denn geblieben?

Schauen wir in den Bericht des Landesrechnungshofs.

(Zuruf)

– Ja, Herr Lindner und seine Versprechen, die er mit der Unterschrift unter diesen Koalitionsvertrag ...

(Dietmar Brockes [FDP]: Aber er heißt nicht Armin! – Herbert Reul, Minister des Innern: Sie haben Armin gesagt!)

– Armin Laschet. Armin Lindner? Oh Gott, nein.

(Heiterkeit von der FDP)

Sie waren ja bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages fast wie siamesische Zwillinge. Dazwischen passte kein Blatt Papier.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Etwas mehr Distanz zum Koalitionspartner ist also immer gut, da haben Sie schon recht.

Was ist aus diesen Versprechen geworden? – Schaut man in den Bericht des Landesrechnungshofes vom Juni dieses Jahres, so wird bilanziert – ich zitiere –:

„Nach den Prüfungserkenntnissen stehen die bisher aus dem Programm DVN hervorgegangenen Ergebnisse im Missverhältnis zur Höhe der bewilligten Ressourcen: Das Programm ist durch Verzögerungen geprägt und die messbaren Ergebnisse sind überschaubar.“

Wir haben nach diesen Ergebnissen im Haushalt gefragt. Was bekommen wir als Antwort? – Von der milliardenschweren Digitalisierungsdividende sind im Haushalt nach Aussage der Regierung – Achtung! – Einsparungen in Höhe von 26,5 Millionen Euro zu verzeichnen, die sich aber in der GMA verstecken und eigentlich gar nicht genau darstellbar sind.

Genauso wenig darstellbar sind die angeblichen Ergebnisse der angekündigten Aufgabenkritik und der damit verbundene Stellenabbau. Statt Stellenabbau gibt es ungefähr 1.000 neue Stellen in den Ministerien. Da hat diese Regierung in fünf Jahren mehr geschafft – fast doppelt so viel – als wir in rot-grünen Zeiten, als das Innenministerium angesichts der Flüchtlingskrise sehr viele neue Stellen benötigte. Hier haben Sie sich wirklich einen ganz großen Schluck aus der Pulle genommen.

Auf die Ankündigung von Armin Laschet: „Das werden wir irgendwie wieder einsparen“ – ja, wo denn? – kommt die Antwort: mit der globalen Minderausgabe.

Was aber steckt denn in der globalen Minderausgabe? – Das sind doch die unbesetzten Stellen insbesondere an unseren Schulen.

(Beifall von den GRÜNEN und Sarah Philipp [SPD])

Die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer, die Vertretungsunterricht ohne Ende machen dürfen, weil die Stellen nicht besetzt werden, können sich bedanken. Die nicht verausgabten Mittel sorgen dafür, dass in der Staatskanzlei neue Referate und in den Ministerien andere Nettigkeiten geschaffen werden. Dieses Geld wäre besser zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes eingesetzt worden anstatt für neue Ministeriumsstellen. Auch hier also eine komplette Fehlanzeige!

Diese Initiative ist gescheitert. Nichts von den Vorschlägen der Gewerkschaften – ich kann sie aufzählen – wurde aufgegriffen: Es hat sich nichts bei der

Reduzierung der Arbeitszeit in Verbindung mit Lebensarbeitszeitkonten getan. Es hat sich nichts bei den Vorschlägen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan, dass eine Stunde von der 41-Stunden-Woche für pflegebedürftige Familienangehörige verwendet werden kann.

Andere Bundesländer wie Hessen haben davon etwas umgesetzt. Hier aber wurde den Gewerkschaften einfach die Rote Karte und die kalte Schulter gezeigt. Es durfte alles nichts kosten. Wir können es uns aber angesichts der nicht besetzten Stellen, die Höchststände erreichen, und im Kampf um die besten Köpfe in diesem Land schlicht nicht mehr leisten, so mit dem öffentlichen Dienst umzugehen.

(Beifall von den GRÜNEN und Stefan Zimkeit [SPD])

Zum Rettungsschirm, Herr Lienenkämper: Auch hier gibt es verpasste Chancen. Ich habe Ihnen im Haushaltsausschuss bereits gesagt, dass es mir irgendwie so vorkommt, als sei dieser Rettungsschirm ein Wünsch-dir-was-Programm. Für jeden ist etwas dabei, und wer die besten Kontakte zum Finanzminister hat, bekommt etwas.

Hier sitzt ein Kollege, der ordentlich abgesahnt hat. – Herr Reul, Sie haben mal eben 50 Millionen Euro aus dem Rettungsschirm für die IT-Ausstattung der Polizei bekommen. Herzlichen Glückwunsch! Ich weiß nur nicht, was die neuen Handys der Polizisten und die neuen Back-up-Server mit Corona zu tun haben. Offenbar haben Sie die besseren Kontakte. Hier sind enorme Mitnahmeeffekte zu verzeichnen. Diese Investitionen wären besser woanders getätigt worden.

Zum Schluss zu einer guten Tradition, die Hendrik Wüst in der Nachfolge von Armin Laschet leider fortsetzt, nämlich dass auch er sich als Ministerpräsident wie sein Vorgänger ach so gerne das grüne Mäntelchen umhängt. Hendrik Wüst hat uns hier ganz großartig von der Bewahrung der Schöpfung erzählt, die sein Herzensthema sei.

Schauen wir uns aber mal den Haushalt an – und Haushalt ist Politik in Zahlen –: Frau Ministerin, der Naturschutzetat beträgt 36 Millionen Euro. Er wurde in dieser Legislaturperiode um keinen Euro erhöht, nicht mal nach der Artenschutzinitiative.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: 1,7 Millionen!)

Schauen wir auf das Land Bayern. Mit erfolgreichen Volksbegehren hat Bayern allein 71 Millionen Euro zusätzlich für den Naturschutz aufgelegt. Bei uns gibt es nicht einen Euro mehr. Der Haushalt ist das Stiefkind dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deswegen sind es Lippenbekenntnisse, wenn wir von diesem Ministerpräsidenten hören, dass ihm die Bewahrung der Schöpfung doch auch so sehr am Herzen liegt.

Ebenso wenig, Frau Ministerin, sind in Ihren Einzelplan ausreichende Mittel für das Klimaanpassungsgesetz eingestellt worden.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das stimmt nicht! – Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Nichts davon ist finanziell hinterlegt.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Doch!)

Sie haben ein schönes Programm aus dem Rettungsschirm bekommen. Herzlichen Glückwunsch! Auch da waren Sie beim Finanzminister erfolgreicher als andere Kollegen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Davon ist aber überhaupt noch nichts verausgabt. Fragen Sie da nicht mal nach? Schauen Sie in die Bilanz, 31.08.: Von den 15 Millionen Euro sind nur einige Hunderttausend Euro verausgabt.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin, die Redezeit.

**Monika Düker (GRÜNE):** Es ist also noch nichts verausgabt worden. Auch hier Fehlanzeige! Da helfen Ihnen Ihre ganzen Artenschutzkonferenzen nichts, Frau Ministerin. Die Zahlen in diesem Haushalt sprechen eine andere Sprache.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Klima- und Umweltschutz sind nicht gut aufgehoben bei dieser Landesregierung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Düker. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt 2022 bietet für die Bürger unseres Landes zahlreiche Verbesserungen, von denen ich Ihnen hier aus Zeitgründen nur einige nennen kann.

Weltbeste Bildung und Betreuung sind unser Anspruch. Deshalb gibt es Mehrausgaben von knapp einer halben Milliarde Euro, insbesondere für rund 4.000 zusätzliche Stellen. Das beginnt beim Master-

plan Grundschule und reicht bis zur Stärkung der beruflichen Bildung. Parallel wird der Kinderschutz als neues Politikfeld entwickelt und gestärkt.

Im Bereich der inneren Sicherheit gilt: 500 zusätzliche Stellen für die Polizeiverwaltung sind wichtig, um Einsatzkräfte zu entlasten. Kommissare können dann nämlich mehr fahnden, anstatt zu verwalten. Neue Spezialisten bekämpfen Kindesmissbrauch ebenso wie Cyberkriminalität.

Im Bereich der Kulturpolitik wird unsere Stärkungsinitiative vollendet, das heißt, der Kulturhaushalt dieser Wahlperiode ist insgesamt um 50 % angestiegen.

Wir kümmern uns um die Flutopfer: Nach den Soforthilfen bildet der Haushalt langfristig die Wiederaufbauhilfe ab.

Wir haben – anders, als hier von einigen Vorrednern behauptet worden ist – eine Investitionsoffensive in diesem Haushalt: 9,6 Milliarden Euro für öffentliche Modernisierungsimpulse stehen dort. Sie reichen von der Verkehrsinfrastruktur über die Gebäudesanierung bis hin zur Digitalisierung und Wasserstofftechnologie. Diese Initiativen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätten auch die Unterstützung der Opposition verdient.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Unterschiede zur früheren rot-grünen Haushaltspolitik werden deutlich, wenn man beim letzten Haushalt dieser Wahlperiode einen Vergleich zum letzten rot-grünen Haushalt im Jahr 2016 zieht. Ich will Ihnen nur einige Indikatoren nennen, die zeigen, was im Widerspruch zu dem steht, was hier gerade von der Opposition an die Wand gemalt wurde.

Investitionssumme: Sie haben 6,1 Milliarden Euro hinterlassen, jetzt stehen wir bei 9,6 Milliarden; Zuwachs: 57 %.

Investitionsquote, gemessen am Haushaltsvolumen: von 8,8 % auf 11,1 % gestiegen; plus 25 %.

(Christof Rasche [FDP]: Hört, hört!)

Ausgaben in der Schule: von 16,8 auf 20,9 Milliarden Euro; plus 24 %.

Ausgaben an Hochschulen: von 7,1 auf 8,3 Milliarden Euro; plus 19 %.

Kinderbetreuung: von 2,6 auf 4,5 Milliarden Euro; plus 74 %.

Kitaplätze: von 588.000 auf 729.000; plus 24 %.

Polizei: von 3,7 auf 5,2 Milliarden Euro; plus 40 %.

Diese Liste kann man beliebig fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, nehmen Sie bei all Ihrer Kritik als Grundlage auch die Fakten zur Kenntnis.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Fazit: FDP und CDU haben in die Zukunft investiert und die gravierendsten Hinterlassenschaften von Rot-Grün beseitigt.

Aber diese Koalition kann nicht nur öffentliches Geld ausgeben, nein, sie kann auch privatisieren. Rot-Grün hat es geschafft, bei den Staatscasinos von WESTSPIEL jahrelang Millionenverluste in diesem Land zu produzieren. Um dann die drohende Pleite abzuwenden, hat Rot-Grün einen international kritisierten Ausverkauf der Kunstwerke von WESTSPIEL vorgenommen. Das strukturell defizitäre Geschäftsmodell hat sich dadurch nicht geändert. Im Gegenteil: Das hat ein risikoreiches Beihilfeverfahren bei der EU ausgelöst, und der Branchentrend zum Onlinecasino stellt ein weiteres Geschäftsrisiko dar. FDP und CDU haben den Steuerzahler nun endlich von diesen Kostenlasten und wirtschaftlichen Risiken befreit.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch absurd!)

– Durch die Privatisierung, Herr Zimkeit, wurde ferner ein dreistelliger Millionenerlös für die Förderbank des Landes erzielt,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

die sich damit nun um die Corona- und Flutopfer ebenso kümmern kann wie um die Gründer, die unser Land dauerhaft nach vorne bringen.

(Beifall von der FDP)

Das halten wir in der Tat für richtig.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Das zeigt zugleich auch unsere Philosophie, Herr Kollege. Der Staat ist nämlich nicht der bessere Unternehmer. Er soll sich stattdessen auf seine Kernaufgaben, wie Bildung und innere Sicherheit, konzentrieren.

(Beifall von der FDP)

Da muss er leistungsfähig sein.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Außerdem sehen Sie, dass ein ganzheitliches Verständnis von Nachhaltigkeit auch generationengerechte Finanzen bedingt. Haushaltspolitik darf nicht auf Kosten der nächsten Generation betrieben werden. Dauerhaft tragfähige öffentliche Finanzen erfordern die Einhaltung einer harten Schuldenbremse oder, wie es der zukünftige Bundesfinanzminister Christian Lindner hier im Hause gesagt hat, eine Schuldenbremse mit Krallen und Klauen. Neue Schulden darf es regulär nicht mehr geben. Die Haushaltswende haben wir zu Beginn dieser Wahlperiode geschafft.

Zwei historische Katastrophen, das Flutdesaster und der Corona-Shutdown, haben leider für Turbulenzen gesorgt, und deren Rettungsschirme haben milliardenschwere Folgelasten verursacht. Es ist deshalb unser Ehrgeiz als FDP-Landtagsfraktion, in der Haushaltspolitik so gut zu sein, dass wir den rechtlich zulässigen Rückzahlungsrahmen für die Schuldenaufnahme nicht in vollem Umfang benötigen.

Wir brauchen einen modernen, leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst. Deshalb hat es bereits zahlreiche Verbesserungen mit Zulagen und Stellenhebungen sowie einem Verfallsschutz für Überstunden gegeben. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit – das ist unsere zutiefst persönliche Auffassung –, dass keine angeordnete Überstunde unter den Tisch fallen darf. Wenn wir erwarten, dass Polizeibeamte aufgrund von besonderen Lagen spontan im Einsatz sind, dafür Wochenendtermine mit ihrer Familie absagen, um unsere Sicherheit zu schützen, dann haben sie einen Verfallsschutz für diese Überstunden verdient.

(Beifall von der FDP)

Genau deshalb werden wir in Kürze rechtssicher Lebensarbeitszeitkonten beschließen. Damit erfüllen wir eine langjährige Forderung vieler Gewerkschaften, die das immer bei SPD und Grünen vorgetragen haben, dort aber gescheitert sind. Mehrarbeitszeit-souveränität ist ein wichtiger Faktor für eine höhere Attraktivität im öffentlichen Dienst.

Die Haushaltsvorschläge von SPD und Grünen im Landtag wundern uns dann schon, denn beide Partner haben gerade in diesen Tagen mit der FDP im Bund genau das Gegenteil verabredet. Dort sind wir uns einig:

Zukunftsinvestitionen gibt es nicht nur öffentlich, sondern vor allem auch privat. Deshalb gibt es zukünftig Superabschreibungen.

Wir haben uns auf die harte Einhaltung einer Schuldenbremse verständigt. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass das nicht durch Verschiebungen in Schattenhaushalte kompensiert wird.

Sie haben zugestimmt, dass es keine Steuererhöhungen gibt.

Sie haben sich für einen konsequenten Subventionsabbau eingesetzt und mit uns verabredet, die Steuerbürokratie spürbar zu verringern.

Das atmet einen anderen Geist als die Fortsetzung Ihrer rot-grünen Politik der vermeintlich guten Schulden hier im Landtag.

Wie gehen SPD und Grüne dort vor? – Die SPD will 10 Milliarden Euro für ein Umverteilungsprogramm ausgeben, das vielen Zielgruppen schuldenfinanziert Geld bringen soll. Für Ihre aktuellen Haushaltsanträge wollen Sie Personalausgaben und Personal-

verstärkungsmittel kürzen, ohne zugleich Vorschläge für einen gezielten Stellenabbau zu machen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Mit diesem Vorgehen müssen dann entweder Tarifabschlüsse gering ausfallen, können Besoldungsurteile nicht umgesetzt werden, oder Sie wollen vorhandene Stellen erst gar nicht besetzen. Wir hingegen empfinden es als richtig, notwendige und unbesetzte Stellen als Ärgernis aufzufassen und uns darum zu kümmern, dass sie zukünftig besetzt werden.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Auch die Grünen wollen ihre Wendeprojekte in einer Milliarden Größenordnung vorantreiben. Die dafür notwendigen Ausgaben sollen größtenteils kreditfinanziert und unter fadenscheinigen Gründen aus dem Schuldenschirm des Landes einfach in den Kernhaushalt umgebucht werden. Beides ist keine seriöse Haushaltspolitik und erst recht nicht im Sinne der jungen Generation.

Sie stehen hier und tragen mit Krokodilstränen immer wieder vor, es gebe unbesetzte Stellen. Frau Kollegin, wenn Sie den Schulbereich anführen, dann sage ich: Bei Ihrer grünen Schulministerin gab es keine Personalbedarfsplanung an Schulen. Das hat erst in dieser Regierungszeit begonnen.

Wir haben in der Konsequenz das gemacht, was notwendig war, nämlich mehr Stellen an Hochschulen geschaffen, damit viele studieninteressierte junge Leute, die das Amt des Grundschullehrers attraktiv finden und es studieren wollen, die Chance dazu bekommen – mehrere Hundert zusätzliche Stellen!

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Das sorgt im Ergebnis für bessere Unterrichtsversorgung, aber kein Gerede über diese Fragen hier. Handeln ist gefragt!

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Die Redezeit.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin, ich komme damit zum Ende. – Frau Kollegin,

(Beifall von Frank Müller [SPD])

Sie haben an den Beispielen, die ich hier nur stichwortartig nennen konnte, gesehen: Das Motto unserer Haushaltspolitik lautet „Zukunft gestalten statt Schulden verwalten“. Wir werden Ihnen, auch wenn ein guter Haushalt vorliegt,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

zur zweiten und dritten Lesung noch eine weitere Anzahl von Änderungsanträgen präsentieren. Dabei geht es um Verbesserungen, wie in dieser Plenar-

woche, beispielsweise bei der Kultur, Digitalisierung, Gesundheit, Soziales,

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege.

**Ralf Witzel (FDP):** ...Tier- und Verbraucherschutz. Wir fordern Sie auf: Unterstützen Sie diese Haushaltsänderungsanträge,

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

und lassen Sie uns zu einer guten Beschlussfassung kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Witzel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Strotebeck das Wort.

**Herbert Strotebeck (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! 213 Millionen Euro – ich wiederhole: 213 Millionen Euro –, so viel Geld würde unser Bundesland im kommenden Jahr einsparen, wenn die Alternative für Deutschland in Nordrhein-Westfalen regieren würde. Und wir würden trotzdem 1.000 zusätzliche Polizisten einstellen, mehr Geld in die Studentenwerke und die Straßen des Landes Nordrhein-Westfalen stecken, investieren.

In insgesamt 120 Anträgen zum NRW-Landeshaushalt haben wir von der AfD exakt herausgearbeitet, wo überall Geld in Nordrhein-Westfalen gespart werden kann, aber wie man dabei auch gestalten kann.

Die Alternative für Deutschland steht angesichts der finanziellen Lage in unserem Bundesland für kluges Sparen. Das Sparen ist kein Selbstzweck, das Sparen ist der Baustein für die Generationengerechtigkeit. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand, und die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates muss gewährleistet werden. Generationengerechtigkeit ist ein großes Wort, welches viel zu oft in unserem Bundesland nur eine kleine Rolle spielt.

Es ist nicht generationengerecht, dass das Land Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren trotz Überschüssen den wahnsinnigen 186-Milliarden-Euro-Schuldenberg nicht nennenswert abgetragen hat.

Es ist nicht generationengerecht, dass wir immer noch keine Schuldenbremse in der Landesverfassung haben; wir reden nur darüber.

Es ist nicht generationengerecht, dass der in Teilen zweckentfremdete 25-Milliarden-Euro-NRW-Corona-

rettungsschirm über die kommenden 50 Jahre abgestottert werden muss. Allein deshalb sollten wir ihn nicht komplett ausschöpfen.

Unsere 120 Anträge zum Haushalt sind generationengerecht. Warum wurden und werden sie von den anderen Fraktionen abgelehnt? Na? – Einzig und allein, weil sie von uns kommen.

Im Vorwort zur Finanzplanung 2021 bis 2025 lobt Herr Finanzminister Lienenkämper wieder das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen. Aber können wir mit einem so großen Schuldenberg denn wirklich ein Aufsteigerland sein? – Nein, das sind wir mit dem Schuldenberg nicht. In den Jahren vor Corona hätte man wesentlich konsequenter konsolidieren müssen.

Für den Haushalt sind laut Landesregierung ohne coronabedingte Sondereffekte keine neuen Schulden geplant. Das Finanzministerium bemüht aber wieder erfolglos Maß und Mitte und formuliert, auch für das Jahr 2022 im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse notwendige und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen zur Bewältigung der Coronafolgen ergreifen zu müssen.

Dann endlich kommt der Hinweis auf die nachfolgenden Generationen. Denn diese werden all die Schulden zurückzahlen müssen. Sie werden es aber nicht schaffen.

Der NRW-Haushalt ist nicht schuldenfrei, und der coronabedingte NRW-Rettungsschirm ist keineswegs ein Sondervermögen, sondern ein Schuldenberg von bis zu 25 Milliarden Euro. Gleiches gilt für die Gelder für die Flutopferhilfe, die über das Nachtragshaushaltsgesetz 2021 geregelt sind. Es sind zwei zu 100 % mit Schulden finanzierte Nebenhaushalte.

Bezüglich der Flutopferhilfe ist unser Land leider alles andere als ein Aufsteigerland mit Maß und Mitte, sondern mitleiderregend. Die Presse informiert über immer gruseligere Zustände. Der ehemalige Ministerpräsident Laschet – der Flut-Lächler – versprach laut WirtschaftsWoche direkte Entlastungen. So sollten die Hilfen endlich Ende September möglich sein, was Frau Ministerin Scharrenbach dann aber Ende September auf Anfang Oktober korrigierte. Das ist ein Vierteljahr nach der Katastrophe.

Anfang November kam dann die ernüchternde und erschütternde Information aus der Presse, dass noch nicht einmal ein Drittel der Anträge bearbeitet sei. Wen wundert es da noch, dass DER SPIEGEL im November über die zweifelhafte Auftragsvergabe der nordrhein-westfälischen Landesregierung berichtete? Welch eine Geringschätzung der Opfer! Welch ein Armutszeugnis!

Reichlich Stellen sind doch – ohne eine konkrete Zahl zu nennen – geplant. Anfang September haben wir hier im Parlament das Nachtragshaushaltsgesetz 2021 beschlossen. Wir, die AfD-Fraktion, sind die

einzigste Fraktion gewesen, die die detaillierte Stellungnahme des Landesrechnungshofs nicht als Anmerkung abqualifizierte, sondern einen Änderungsantrag stellte, um die erforderlichen Gesetzeskontrollen – darunter ist auch der Punkt der Planstellen – zu ermöglichen. Unser Antrag wurde, obwohl er die sehr gewichtigen Inhalte des Landesrechnungshofs zum Inhalt hatte – na, was denn? –, abgelehnt.

Wir haben dem Nachtragshaushaltsgesetz 2021 in der vorgelegten Form trotzdem zugestimmt, da wir im Sinne der Flutopfer natürlich keine weitere Zeit ungenutzt verstreichen lassen wollten, sondern wir wollten helfen.

„Kinder sind unsere Zukunft“, sagte der junge Vater und neue Ministerpräsident Wüst zu seinem Antritt und verkündete direkt stolz den Haushalt ohne Schulden und wieder in die Tilgung der Altschulden einzusteigen. Den schuldenfreien Haushalt haben wir nicht, und der Einstieg in die Schuldentilgung steht in den Sternen, zumal in der Vergangenheit, wie ich schon sagte, die Möglichkeiten nicht genutzt wurden.

Die Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushaltsgesetz 2022 Ende September verlief ähnlich enttäuschend wie in den vergangenen Jahren. Der Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege NRW brachte die Anhörung kurz und treffend mit einem Satz auf den Punkt: Wir sitzen hier, und der Reihe nach wird von uns allen immer mehr Geld verlangt. – Stimmt, genauso ist es. Und wie jedes Jahr machte kein einziger Teilnehmer auch nur einen Vorschlag, wo gespart werden könnte. Leider fehlt trotz Mahnung des Landesrechnungshofs der Wille, zu sparen.

Die Steuereinnahmen sind doch höher als geschätzt, auch ohne die immer wieder von der linken Seite des Hauses geforderten kreditfinanzierten Konjunktur- und Umverteilungsprogramme. Das Ergebnis der Novemberschätzung und die aktuellen Informationen des Finanzministers aus dieser Woche beweisen es: Wir können mit zusätzlichen Einnahmen in Höhe von nunmehr 3,6 Milliarden Euro rechnen.

Sparen ist offensichtlich nur für die AfD-Fraktion ein Thema, für alle anderen Fraktionen ist es ein absolutes Tabu. Unsere vorliegenden Änderungsanträge und die Entschließungsanträge von SPD und Grünen zeigen die Unterschiede ganz deutlich. Bemerkenswert ist aber auch die Flut der Änderungsanträge von CDU und FDP, die wir erst gestern erhalten haben. Diese Anträge hätte man sehr gut schon im HFA vorlegen können.

Ich erinnere hier auch an unsere Bemühungen zur Verkleinerung des Landtags und die damit verbundenen dauerhaften Einsparmöglichkeiten. Hinzu kommen noch die erheblichen Kosten durch die Erweiterung des Gebäudekomplexes, die nicht vergessen werden dürfen.

Erhört wurden wir schon, und zwar in der Form, dass in der Haushaltsplanung 2022 vorsichtshalber für die nächste Legislaturperiode nicht mehr von den derzeitigen 199, sondern von 230 Abgeordneten ausgegangen wird, also von einer Steigerung von 15 %. Wenn die Prognose eines Gutachtens des Landtags aus diesem Jahr zutrifft, könnte der Landtag sogar auf über 300 Sitze aufgebläht werden.

Das hätten die Fraktionen dieses Hohen Hauses verhindern können. Um sich selbst zu versorgen, belasten Sie die zukünftigen Generationen, wie es der Bundestag erwartungsgemäß vorgemacht hat: vorher leeres Geschwätz zu einer Wahlrechtsreform, natürlich ohne Taten folgen zu lassen.

Deutschland ist bekanntlich der größte EU-Nettozahler. Uns trifft das Schulden- und Inflationsszenario existenziell. Zwischenzeitlich weiß es jeder: Die Inflation ist gekommen, um zu steigen und um zu bleiben. Das alles gilt natürlich auch für Nordrhein-Westfalen – egal, welche Konstellation im kommenden Jahr die NRW-Regierung bilden wird.

Die Diskussion um die Schuldenbremse – wir haben gerade schon etwas dazu gehört – treibt aktuell völlig neue, abstruse Blüten. So sieht das Dezernat Zukunft – Institut für Makrofinanzen eine völlig neue Berechnung der Schuldenbremse vor, die absurderweise mehr Schulden zulässt. Wie wird dies so treffend bezeichnet?

Es ist nicht nur unwissenschaftlich, sondern Pippilangstrumpf-Ökonomie: Ich rechne mir die Welt, wie sie mir gefällt. – Es wird dann ganz stolz verkündet werden: Die Schuldenbremse wurde durchgesetzt bzw. eingehalten.

Dies geschieht zum Schaden der zukünftigen Generationen. Die Generationengerechtigkeit verkommt zur Floskel, wenn die Kritik des Landesrechnungshofs einfach ignoriert wird und der Bund der Steuerzahler mit seinen ständigen berechtigten Mahnungen ganz offensichtlich nicht einmal zur Kenntnis genommen wird. Rund 63 % der Deutschen wollen laut einer aktuellen Umfrage, dass die Ausgaben gesenkt werden, und 59 % sind dafür, dass die Regierung die Subventionen kürzt. Das ist generationengerecht; der Haushaltsentwurf ist es nicht.

Wir als AfD-Fraktion müssen daher den Haushaltsentwurf ablehnen. Wir, die AfD, stehen mit dem Mut zur Wahrheit zu unserem Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Strotebeck. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Minister Lienenkämper das Wort.

**Lutz Lienenkämper,** Minister der Finanzen: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben heute wieder eine lebhaftige Grundsatzdebatte erlebt. Ich hätte mir, ehrlich gesagt, gewünscht, es wäre noch mehr um die Zukunft unseres Landes gegangen. Wir hätten vielleicht mehr darüber reden können, wie wir unser Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen noch besser organisieren, wie wir den Wachstumskurs halten, wie wir eine bessere Bildung und optimale Rahmenbedingungen für Familien erreichen und wie wir unser Land noch sicherer machen. Diese Chancen sind verpasst worden.

Ich will aber trotzdem auf einiges eingehen, lieber Herr Kollege Zimkeit. Ich glaube, Sie haben einen Fehler gemacht, den man so wenige Monate vor einer Landtagswahl gerne macht. Ich will Sie aber trotzdem darauf hinweisen. Wir haben im Moment eine Situation, in der viele in Nordrhein-Westfalen daran arbeiten, gut durch die Krise zu kommen, und viel dafür tun, dass wir stark aus der Krise wieder rauskommen. Wir haben Situationen, in denen Unternehmen mit guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern es schaffen, schon wieder Steuereinnahmen zu generieren, die besser sind, als wir das vorher gedacht haben.

Nordrhein-Westfalen tut eine ganze Menge. Jeder einzelne in Nordrhein-Westfalen tut eine ganze Menge, und wir haben ganz, ganz viele Leute, die an diesem Land mitarbeiten. Wissen Sie, was Sie gemacht haben? Das ist wenige Monate vor einer Wahl der Grundfehler; Sie sind dieser Versuchung erlegen. Sie haben dieses starke Land mit seinen starken Menschen systematisch schlechtgeredet, und die Menschen werden Ihnen das nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Menschen arbeiten und sind viel besser, als Sie sie heute beschrieben haben. Das werden alle, glaube ich, auch merken.

Frau Kollegin Düker, Sie haben mir jedenfalls mit einem Teil Ihrer Rede geholfen. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Ich bin relativ sicher, wenn das im Protokoll noch mal nachgelesen wird, dann werden die Kollegen Ulla Heinen-Esser und Herbert Reul nie wieder auf mich zukommen und sagen, ich würde sie zu schlecht behandeln. Damit machen Sie mir das Leben ein Stück weit einfacher.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Zu den Änderungsanträgen, die Sie von SPD und Grünen gestellt haben: Insgesamt bedeuten sie eine reine Mehrbelastung des Haushaltes von sage und schreibe mehr als 2 Milliarden Euro gegenüber unserem Haushaltsplanentwurf, und das auch nur bezogen auf den Haushalt für das nächste Jahr 2022. Wenn man, wie Sie, von uns verlangt, mehr Schul-

denabbau zu betreiben und gleichzeitig über 2 Milliarden Euro mehr auszugeben, dann hätte ich mir schon wirklich seriöse Finanzierungsvorschläge gewünscht. Ich hätte gleichzeitig erwartet, dass Sie wirklich sagen, wo wir weniger Geld ausgeben sollen, um 2 Milliarden Euro mehr auszugeben. Das ist eben diese alte Abwägung, die Ihnen wieder nicht gelingt: Wir können nicht gleichzeitig mehr Geld ausgeben, die Schuldenbremse einhalten und nachhaltige Haushaltspolitik machen. Diesen Fehler haben Sie heute leider wieder begangen.

Deswegen werden wir alles dafür tun, die Erwartung der Steuerbürgerinnen und Steuerbürger zu erfüllen; denn die dürfen erwarten, dass wir hier im politischen Düsseldorf alles vermeiden, um den ohnehin viel zu großen Schuldentopf unseres Landes noch weiter aufzupumpen. Wir dürfen den nachfolgenden Generationen nicht ohne Not noch mehr Schuldenlast hinterlassen. „Ohne Not“ ist dabei sehr wörtlich gemeint; denn wir wissen alle um die notwendigen Kosten, die im Zusammenhang mit dieser furchtbaren Pandemie über unseren Rettungsschirm bezahlt werden mussten.

Dann war viel die Rede von den Steuermehreinnahmen und der aktuellen Steuerschätzung. Ich will die einfach mal einordnen. Die Zahlen sind klar: Die schematische Regionalisierung sieht für Nordrhein-Westfalen im Jahr 2021 Steuereinnahmen von 67,4 Milliarden Euro und im Jahr 2022 Steuereinnahmen in Höhe von 70 Milliarden Euro vor. Damit gibt es in der Tat eine Verbesserung gegenüber den bisherigen Erwartungen. Das bedeutet für 2021 eine Verbesserung von 4,9 Milliarden Euro und für 2022 eine Verbesserung von rund 3,5 Milliarden Euro.

Jetzt kommt der nächste Denkfehler: Das sind keine Gelder, die uns zusätzliche Ausgabemöglichkeiten eröffnen; denn in beiden Jahren – sowohl 2021 als auch 2022 – bleiben wir immer noch unter den Annahmen des Vorkrisenniveaus. Das bedeutet, dass wir trotz der Verbesserungen immer noch Steuermindereinnahmen aus dem Rettungsschirm ausgleichen müssen.

Mit anderen Worten: Die unerwartet besseren Steuermehreinnahmen dienen schlicht dazu, weniger Geld auf Pump aufzunehmen oder – technischer formuliert – dazu, die erforderlichen Entnahmen aus dem Rettungsschirm zur Kompensation von Steuermindereinnahmen um mehr als 3 Milliarden Euro zu reduzieren. Aber deswegen haben wir immer noch Entnahmen aus dem Rettungsschirm dafür. Deswegen haben wir immer noch die Ausgabenobergrenze, und erst ab 2023 werden die Einnahmeerwartungen wieder über Vorkrisenniveau liegen.

Ich habe bei dem Schlechttreden des Landes auch das Gefühl, dass einfach wesentliche Bestandteile des Haushaltes von Ihnen überlesen werden: 9,6 Milliarden Euro Rekordinvestitionen, zusätzlich 4,5

Milliarden Euro Investitionen in unsere Gebäude. Das ist eine Verdoppelung gegenüber früher. Keine Schulden im regulären Kernhaushalt. Zusätzlich unglaubliche Innovationsanstrengungen sowohl in regionalen Initiativen als auch bei innovativen Projekten und Forschungseinrichtungen.

Für technische Innovationen gibt es über 100 Millionen Euro zusätzlich. Noch mal 130 Millionen Euro für Schlüsseltechnologien, Energieforschung, Nano-/Mikrotechnologie. Das sind die Dinge, die Nordrhein-Westfalen in der Zukunft ganz weit nach vorne bringen können.

Wir finanzieren das Projekt „Westspange“ in Köln mit bis zu 900 Millionen Euro, eine riesige strukturelle Investition in eine das gesamte Land Nordrhein-Westfalen nützende Verbesserung des schienengebundenen Verkehrs. Wir haben 187,9 Millionen Euro zusätzlich dafür bereitgestellt, die Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen zu modernisieren.

Wir haben die innere Sicherheit gestärkt. Wir haben Kinderschutz in den Haushaltsplan aufgenommen, und die Fraktionen haben das noch einmal ergänzt.

Wir haben für den Ausbau des offenen Ganztags im Primarbereich zusätzlich rund 40 Millionen Euro bereitgestellt und erhöhen im Vergleich zum Vorjahr die Platzzahl um zusätzliche 7.830 Plätze weiter auf dann 362.500 Plätze. Das sind über fünf Jahre ungefähr 54.900 neue, zusätzliche Ganztagsplätze in Nordrhein-Westfalens Schulen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn Sie dann schon über Bildung sprechen, dann ist vielleicht eine Zahl für Sie hilfreich. Wenn Sie sich die gesamte Legislaturperiode angucken, dann werden wir als Nordrhein-Westfalen-Koalition im Bereich Bildung von der frühkindlichen Bildung bis zu den Fachhochschulen und Universitäten und der dualen Ausbildung, die immer zur Bildung als integraler Bestandteil dazugehört, insgesamt rund 130 Milliarden Euro investiert haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist anderthalbmal so viel wie ein ganzer Landeshaushalt, meine Damen und Herren. Das bedeutet, gerade der Bildungssektor ist einer der großen Gewinner dieser Legislaturperiode.

Lassen Sie mich noch eine abschließende Bemerkung machen zum Thema „Klima“. Sie wissen genau, liebe Frau Kollegin Düker, dass für Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen erfolgreiche Anstrengungen unternommen worden sind. Wir halten unsere Klimaschutzziele ein. Wir sind bei Klimaschutz besser als Baden-Württemberg, und wir haben eine Zukunftsperspektive formuliert mit unserem Klimaanpassungsgesetz, die noch kein Landtag in Nordrhein-Westfalen formuliert hat.

Deswegen haben jetzt auch die Fraktionen der Koalition noch mal Anträge gestellt, auch die klimage-

rechte Wohnraumförderung mit Bundes- und Landesmitteln um weitere fast 35 Millionen Euro zu verstärken. Das ist genau der richtige Ansatz.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf wird Nordrhein-Westfalen weiter nach vorne bringen. Der wird Nordrhein-Westfalen weiter zum Aufsteigerland machen, und vor allen Dingen wird er den Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz konkret nützen. Deswegen werbe ich am Ende um Ihre Zustimmung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Jetzt spricht Herr Zimkeit für die SPD-Fraktion. Er hat sich noch mal zu Wort gemeldet, und dann soll das auch so sein. Bitte schön, Herr Kollege Zimkeit. Sie haben 44 Sekunden.

**Stefan Zimkeit**<sup>\*)</sup> (SPD): Machen Sie sich keine Sorgen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ich mache mir nie Sorgen – also wegen Ihnen nicht.

(Heiterkeit)

**Stefan Zimkeit**<sup>\*)</sup> (SPD): Die anderen durften doch auch die Redezeit überschreiten. – Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kollege Lienenkämper, Sie haben einen Fehler gemacht, den Landesregierungen oft vor einer Wahl machen. Sie haben Kritik an der Politik einer Landesregierung gleichgesetzt mit Kritik an den Menschen im Land.

(Beifall von der SPD)

Gleichsetzen mit dem Staat tun sich aber sonst nur Monarchien und nicht demokratisch gewählte Regierungen.

Sie haben vollkommen recht: Es gibt sehr viele engagierte Menschen in Nordrhein-Westfalen, die aus der Krise herauskommen wollen und viel dafür tun. Das Problem ist: Sie hören ihnen nicht zu. Sie unterstützen sie nicht genug, sondern Sie lassen sie alleine. Und das ist keine Kritik an den Menschen im Land, sondern nur an einer schlechten Regierungspolitik. – Schönen Dank. – Und jetzt hätte ich noch fünf Sekunden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kollege Zimkeit. Die fünf Sekunden werden natürlich nirgends angerechnet. Wie wir alle wissen, verfallen die jetzt. Aber immerhin, das ist Rededisziplin. Vielen Dank dafür.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir stimmen jetzt nicht ab. Wie vereinbart wird erst ab 14 Uhr wieder abgestimmt.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 03 Ministerium des Innern**

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15703 und die Änderungsanträge der Fraktion der AfD Drucksachen 17/15740 bis 17/15744.

Die Aussprache ist eröffnet. Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Ganzke das Wort. Bitte schön.

Kann man mich mit Maske überhaupt gut verstehen?

(Zurufe: Ja!)

Ich bin nämlich der Erste, der hier heute mit Maske sitzt. Es tut mir leid. Ich bitte um Verständnis. Ich möchte das persönlich jetzt so halten und habe meine Gründe dafür. Die sind aber nicht schlimm – also außer dass alles schlimm ist. – Herr Ganzke, jetzt haben Sie das Wort. Bitte schön.

**Hartmut Ganzke** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, ich kann Ihnen sagen, ich habe meinen Namen gehört, als Sie mir das Wort erteilt haben. Das bedeutet erstens, ich höre noch ein bisschen etwas, und zweitens, Sie können sich hier auch noch verständlich machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren hier jetzt um kurz nach 13 Uhr den Teilhaushalt für den Bereich Innen. Nun habe ich gerade mal Christos Katzidis kurz gefragt: Sag mal, Christos, was wirst du denn in deiner Rede so sagen? – Da sagte er: Mensch, das sollte dich nicht überraschen, ich werde mal diesen Haushalt abfeiern. – Das waren, glaube ich, gerade deine Worte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund: Ja, in diesem Jahr werden wir wieder einen Haushalt bekommen mit hohen Einstellungszahlen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Diese sind hinterlegt, und das ist gut so.

Zweitens. Ja, dieser Haushalt ist mit viel Geld hinterlegt, damit die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen einen guten Job für unsere Sicherheit machen können. Auch das ist richtig und wichtig.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP])

– Beifall an der Stelle finde ich gut, Marc Lürbke.

Haushaltsplanberatungen sind aber gerade auch immer die Zeiten, um zu schauen: Was steckt hinter diesen Zahlen? Man guckt sich dann die hinter den

Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15742 abgelehnt**.

Wir stimmen fünftens über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/15743 ab. Wer stimmt hier zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag Drucksache 17/15743 abgelehnt**.

Wir stimmen sechstens über den Einzelplan 03 ab. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 03 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung, wie gerade festgestellt, angenommen**.

Bevor ich nun den Einzelplan 10 aufrufe, kommen wir noch zur Abstimmung über den Einzelplan 12, Ministerium der Finanzen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15712, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Einzelplan 12 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir müssen noch über die **mittelfristige Finanzplanung** befinden. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/15718, die Finanzplanung 2021 bis 2025 zur Kenntnis zu nehmen.

(Angela Freimuth [FDP]: Das macht man doch erst zum Schluss!)

– Eigentlich zum Schluss. Ich weiß auch nicht, warum es hier vorgesehen war. – Ich stelle das zurück, bis wir dann durch sind.

(Es erfolgt ein Hinweis der Landtagsverwaltung an den Präsidenten.)

Es war richtig, das an dieser Stelle zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe auch gesehen, dass wir es gemeinsam **zur Kenntnis genommen** haben. – Dagegen gibt es keinen Widerspruch.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 10 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/15710 sowie auf die Änderungs-

anträge der Fraktionen von CDU und FDP Drucksachen 17/15727 bis 17/15733.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Schneider das Wort.

**René Schneider** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies ist der letzte Haushalt, den der Landtag in dieser Wahlperiode beraten und beschließen wird. Ich hätte mir für den Bereich „Umwelt und Naturschutz“, ganz offen gesagt, mehr erhofft.

Dafür, dass der Haushalt 2022 nicht auch ein Reifall für die Landwirtschaft wird, will die Regierungskoalition mit ihren Änderungsanträgen von vergangener Nacht noch auf der Schlussgeraden sorgen.

Viel hilft viel? – Ich denke nicht. Denn die Landwirtinnen und Landwirte haben sich längst in Scharen von Ihnen abgewandt.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz:  
Oh! – Lachen von Henning Höne [FDP])

Was Ihnen fehlt, ist eine klare politische Richtung, wohin es gehen soll. Gegen etwas zu sein, ist leicht. Aber wofür will NRW stehen?

Wenn es noch eines Beweises für die Wursteligkeit der Regierungskoalition bedurft hätte, dann ist das der Entschließungsantrag zur Volksinitiative Artenvielfalt, der heute Nacht zusammen mit einem Sack voller Haushaltsanträge kam. Es ist keine Diskussion möglich – ein Zeichen der Orientierungslosigkeit. Das ist schade, weil auch viele Menschen im Land derzeit orientierungslos sind, da wir in einer Zeit voller Kontroversen eine Polarisierung erleben, die so noch nie da gewesen ist. Es scheint, dass man nur für oder gegen etwas sein kann.

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP])

Schwarz oder weiß wird die Welt gezeichnet, und wir müssen uns entscheiden. Wer nicht für eine Sache ist, muss zwangsläufig gegen sie sein. Wenn ich also ein Plus von 2 Millionen Euro für die Beratung von Schweinehalterinnen und Schweinehaltern als unvermittelt kritisiere, dann werde ich mir hier wieder anhören müssen, dass ich ja wohl gegen Landwirtschaftskammern und Tierhalterinnen sei. Ich meine, das muss aufhören, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir als SPD-Landtagfraktion haben ein Positionspapier auf den Weg gebracht, das im Bereich der Landwirtschaft viele Akteurinnen und Akteure miteinander versöhnt, anstatt sie zu splaten.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Wer? Sie?)

